



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Darius: Ziele des Krieges

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ziele des Krieges

Von Darinus

Die nachfolgenden Darlegungen werden zur Einleitung einer entsprechenden Erörterung, die täglich dringender wird, gebracht, ohne daß wir uns mit den Richtlinien in allen Punkten einverstanden erklären konnten. Besonders in den Fragen des Ostens weichen unsere eigenen Auffassungen von denen des geschätzten Autors erheblich ab.

Die Schriftleitung



em, der sich seit langem deutschen imperialistischen Gedanken hingegeben hatte, ist der Ausbruch des Krieges und sein bisheriger Verlauf eine große Genugtuung gewesen. Denn nach dem Gang der Ereignisse in den letzten Jahrzehnten und der Führung unserer Politik hatte sich mit voller Deutlichkeit die Tatsache ergeben, daß sich eine Durchsetzung der berechtigten deutschen Ansprüche auf friedlichem Wege nicht erreichen lassen würde. Es mag dahingestellt bleiben, ob es einer anderen Bündnispolitik oder einer erfolgreicherer äußeren Politik überhaupt möglich gewesen wäre, dem Deutschen Reich die gebührende Anerkennung als Weltmacht und die daraus sich ergebende Handlungsfreiheit zu verschaffen, ohne daß ein Krieg auf so vielen Fronten nötig geworden wäre.

Allen diesen Erörterungen hat der Krieg ein Ziel gesetzt. Er zwingt einen jeden von uns mit unerbittlicher Notwendigkeit, uns des Zieles bewußt zu werden um dessen Erreichung er geführt wird: den Eintritt Deutschlands in die Reihe der großen imperialistischen Nationen und die Geltendmachung der ihm als Weltmacht zustehenden Forderungen. Was wenige von uns bisher ersehnten, was in vielen unbewußt schlummerte, was unsere Staatsmänner mit nur friedlichen Mitteln hier und dort anstrebten, was unsere Feinde im stillen fürchteten, das hämmern die Ereignisse dieser Lage jedem Deutschen unauslöschlich ins Hirn: dieser Krieg wird darum geführt, daß Deutschland größer und mächtiger

werde, als es bisher war; denn es gibt nur dies oder ein Zurücksinken zu einer Macht zweiten Ranges; ein Drittes, ein Stehenbleiben auf dem bisherigen Standpunkt, gibt es nicht mehr.

Die Klarheit dieses Gedankens, die Gerechtigkeit dieser Forderung sollte nicht verdunkelt werden durch Erörterungen über die Schuldfrage an der Entstehung dieses Krieges. Wer Deutschland nur als den Überfallenen, als in der Notwehr befindlich hinstellt, der übersieht leicht, daß es eine gerechte Forderung geltend zu machen und durchzusetzen hatte und in dieser Beziehung denen, die ihm den Eintritt in die Reihe der Großmächte verwehren wollten, als Angreifer erscheinen muß. Daß unsere Feinde uns diese Ansprüche verwehrt und so den Krieg heraufbeschworen haben, wird die Geschichte ebenso lehren, wie die andere Tatsache, daß der Krieg eine innere Notwendigkeit war. Uns ziemt es jetzt nicht, uns als verfolgte Unschuld hinzustellen. Frei und mannhaft müssen wir unsere Forderungen bekennen und durchsetzen.

Welches aber sind unsere Forderungen? Deutschland als Weltmacht; das ist die theoretische Forderung. Welches aber sind die praktisch zu stellenden Forderungen? Über sie Klarheit zu gewinnen, ist jedes einzelnen dringende Pflicht. Nur dann kann der Krieg, getragen von der Einigkeit des ganzen Volkes, zu gutem Ende geführt werden, wenn ein jeder auf diese Frage klare Antwort zu geben vermag. Nicht genügen allgemeine Antworten, wie diese: bis alle unsere Feinde vernichtet sind; oder: wir müssen so siegen, daß die Wiederkehr eines solchen Krieges für absehbare Zeiten unmöglich gemacht ist. Diese oft gehörten Sätze können nur zu Enttäuschungen Anlaß geben. Denn zunächst setzen sie als Ziel des Krieges eine Verneinung voraus, während eine starke Hervorhebung unserer Forderung, also eine Bejahung vonnöten ist. Sodann täuschen sie darüber hinweg, daß es kaum möglich ist, ein Volk so niederzuringen, daß ihm die erneute Führung eines Krieges für länger als zehn Jahre unmöglich wird. Selbst Napoleon konnte Preußen 1806/13 nicht so vernichten, daß er dessen Erhebung im Jahre 1813 hätte verhindern können. Aber auch abgesehen von dieser in der Weltgeschichte einzig dastehenden Leistung: selbst Frankreich, 1870/71 militärisch und wirtschaftlich aufs äußerste geschwächt, war schon Ende der siebziger Jahre (Fall Schnaebeli) in der Lage, eine aggressive kriegsdrohende Politik zu treiben. Die Verhinderung zukünftiger Kriege ist nicht so sehr die Pflicht des Soldaten, wie die des Staatsmannes, der durch kluge Bündnispolitik, klare Begrenzung erreichbarer Ziele und durch deren unbeirrte Verfolgung jedem Angreifer das Vergebliche seiner feindlichen Absichten vor Augen führt. Man hätte glauben sollen, daß diese Aufgabe für deutsche Staatsmänner eine besonders leichte gewesen wäre. Denn kaum ein Volk vermag zu seinen und seiner Freunde Gunsten so viel in die Waagschale zu werfen, wie das deutsche. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß die Kaunitz'sche Koalition, die gegen das kleine, aufstrebende Preußen Friedrichs des Großen möglich wurde, als es seine Hand nach Schlesien ausstreckte, sich gegen das mächtige, neue Deutschland er-

neuern konnte, obwohl der akute Anlaß einer Wegnahme Schlesiens fehlte. Daß dies für alle Zukunft verhindert werde, muß als wichtigste Bürgschaft für dauernden Frieden gefordert werden. Denn sobald eine solche Koalition gegen Deutschland sich wiederholt, muß ein neuer Krieg die Folge sein. Und viel Blut müßte dann wieder fließen, um diese Fehler gutzumachen.

Warnend unterstützt unsere Vergangenheit diese Forderung auf Klarheit unserer Kriegsziele, und sie zeigt uns ein leuchtendes Beispiel der Nachahmung und ein Gegenbeispiel der Abschreckung: die Kriege von 1870/71 und 1813/15 und ihre Folgen. Beiden gemeinsam ist die hohe Begeisterung, Einigkeit, Opferfreudigkeit, mit der das ganze Volk in den Krieg zog, gemeinsam beiden auch die militärische Leistungsfähigkeit, Tapferkeit des Heeres, Klugheit der Führung, und der Glanz der errungenen Siege. Aber im Jahre 1870 war es die Hand eines Staatsmannes, die dem ganzen Volk seit Jahren in seiner Vereinigung das Ziel gezeigt hatte, die das Volk in den Krieg hineinführte, als ein unvermeidliches Mittel zur Erreichung des Zweckes. So wurde der Krieg nach der Erreichung des Zieles zu einer Befreiung und Erlösung für alle. Die Befreiungskriege dagegen brachten zwar die Befreiung von dem Joch Napoleons, aber diesem rein verneinenden Ergebnis folgte nicht die bejahende Frucht einer sozialen Befreiung und Neugliederung der Stände, einer politisch befriedigenden Gestaltung, die alle — vielleicht halb unbewußt — als den Lohn ihrer Opfer ersehnt hatten. Denn es fehlte der Staatsmann, der das Ziel des Krieges gesehen und die Wünsche der Nation gekannt hätte. So verstandete diese Hochflut von Begeisterung und Opfermut in der gedankenarmen Dürre halber Reformen, kleinlichen Polizeiregimentes, politischer Ideenlosigkeit, wie sie die ersten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts kennzeichnen.

So hat die Frage: was soll der Krieg uns bringen? und ihre klare Beantwortung eine sehr ernste unmittelbare Bedeutung für uns, auch jetzt schon, während noch der Donner der Kanonen im Ost und West dröhnt. Und zwar nicht nur eine mittelbare Bedeutung für die dem Kriege folgende Zeit, sondern auch eine unmittelbare für die Führung des Krieges selbst. Als Beispiel hierfür diene Bismarcks staatsmännische Kunst Osterreich gegenüber: die schonende Behandlung im Nikolsburger Frieden 1866 zum Zweck des Abschlusses des Bündnisses im Jahre 1878. Die Behandlung der augenblicklichen Gegner während des Krieges und der geeignete Augenblick zum Abschluß von Friedensverhandlungen wird sich also nach den weiteren Wegen richten, die der Staatsmann später einzuschlagen gedenkt. Hier scheidet sich der Weg des Heerführers von dem des Staatsmannes. Während jener nur auf die unbedingte Vernichtung des Gegners bedacht ist, wird dieser im gegebenen Augenblick ein Halt zu gebieten haben. Das wird auch in diesem Kriege zu beachten sein.

„Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit gewaltfamen Mitteln“ (Clauswitz). Daraus geht hervor, daß der Krieg nicht der Anfang oder das Ende einer Entwicklung ist, sondern nur ein Glied in einer Kette. Er ist nicht

Selbstzweck, sondern eines der Mittel zum Zweck. Um so unerläßlicher ist die Klarheit über diesen Zweck.

Auf Grund dieser Vorbemerkungen erhebt sich mit verdoppelter Dringlichkeit die Frage: wissen wir, was wir von diesem Kriege wollen? Die Hoffnung scheint berechtigt, daß die meisten unserer Volksgenossen über die unmittelbare Antwort: „Die Vernichtung unserer Gegner“ zu der weiteren und wichtigeren: „Deutschland als Weltmacht“ vorgebracht sind. Aber auf welchem Wege dieses Ziel zu erreichen ist, darüber zerbrechen sich wohl nur wenige den Kopf — wenn anders der Überblick über Tagespresse und -Erscheinungen ein zutreffendes Urteil gestatten.

Und doch ist auch dies wichtig. Es genügt nicht, alles den leitenden Staatsmännern anzuvertrauen oder eine Erörterung als taktlos und unangebracht abzulehnen. Gewiß entziehen sich die Einzelheiten der allgemeinen Beurteilung. Aber andererseits ist die Führung einer erfolgreichen Politik in unserem Zeitalter der Parlamente, der Selbstverwaltung und der umfassenden Heranziehung der Laien zu Staatsgeschäften nur bei der bewußten Mitarbeit und Zustimmung dieser Kreise möglich.

Der Lauf der Ereignisse hat erwiesen, daß die Forderungen, die ich in meinem Aufsatz über „Deutschen Imperialismus“ (Heft Nr. 21, Jahrgang 72 der Grenzboten) als unerläßlich für Deutschlands Stellung als Weltmacht erhoben habe, berechtigt gewesen sind: Festigung der Stellung Deutschlands als mitteleuropäischer Großmacht und in zweiter Linie Vergrößerung seines überseeischen Gebietes. Nur deshalb hat Deutschland dem Ansturm seiner Feinde bisher so erfolgreich Widerstand zu leisten vermocht, weil es militärisch gerüstet war, wie nie zuvor ein anderes Volk, und weil eine gleichmäßige Entwicklung aller seiner Erwerbsstände ihm eine wirtschaftliche Kriegsbereitschaft und Unabhängigkeit vom Auslande gewährte.

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat also die ernsteste Probe erfolgreich bestanden. Es kann sich daher in Zukunft nur darum handeln, sie weiter auszubauen und das Deutsche Reich dem Ideal einer Weltmacht, dem sich selbst genügenden Staat (Autarkie) näher zu bringen. Eine, wenn möglich, völlige Unabhängigkeit vom Auslande in der Beschaffung unserer Rohprodukte, eine möglichst gleichmäßige gedeihliche Entwicklung aller Erwerbsstände — Landwirtschaft, Gewerbe und Handel — werden vor allem am besten dazu dienen, Deutschland gegen alle künftigen Angriffe zu wappnen und seine Stellung als mitteleuropäische Großmacht zu festigen. Nur soweit sie diesem Zwecke dienen, werden also die Forderungen zu bemessen sein, die wir an den Ausgang dieses Krieges knüpfen.

In die Praxis übertragen ergibt sich somit für Deutschland ein zweifaches Gebot: zunächst Landerwerb soweit zu fordern, und zwar unbedingt zu fordern, als er zur strategischen Sicherung, also zur Gewährleistung eines dauernden Friedens notwendig ist: und ferner, darüber

hinausgehend, Landwerb nur insoweit anzustreben, als er eine Stärkung unserer Stellung als mitteleuropäische Großmacht gewährleistet.

Wie weit weiterer Landwerb unserer strategischen Sicherung dient, mögen die berufenen Heerführer entscheiden; wie weit er praktisch erreichbar ist, unsere leitenden Staatsmänner. Als die geringste Forderung an unserer westlichen Grenze wird die unbedingte Sicherung unserer Vogesen, die Erwerbung von Belfort, Verdun, Lüttich und Antwerpen auch dem Laien einleuchtend sein. Im Osten wird ein besserer Schutz unserer ostpreussischen und posenschen Grenzen gegen feindliche Überflutungen gefordert werden müssen.

Ein über diese strategischen Rücksichten hinausgehender Gebietserwerb wird also nur dann anzustreben sein, wenn er uns in unseren nationalen Bestrebungen zur Stärkung dient. Oder mit anderen Worten: nur der Erwerb solchen Landes ist wünschenswert, der im Zusammenhang mit unserem alten Kolonialland liegt. Und ferner: nur insoweit dürfen wir fremdes Land erwerben, als wir es mit deutscher Bevölkerung und deutscher Kultur zu durchdringen vermögen.

Es heißt also Klarheit zu gewinnen nicht nur darüber, in welcher Richtung unsere kolonialisatorische Tätigkeit in Zukunft liegen wird, sondern vor allem darüber, inwieweit wir uns noch kolonisierende Kraft zutrauen können.

Die erste Frage ist schnell beantwortet: das Kolonisationsgebiet des deutschen Volkes ist der Osten. Dahin weist die geschichtliche Entwicklung des vergangenen Jahrtausends, dahin auch die sozialen Verhältnisse, die Bodenverteilung und Bodenkultur. Somit ergibt sich, daß wir des Landwerbs nach Westen nur zu strategischen, nicht aber zu kolonialisatorischen Zwecken bedürfen. Daß der Erwerb einzelner Landstriche, die unsere heimische Erzeugung zu ergänzen imstande sind, wie die Erzgebiete von Lothringen, anzustreben und zu erreichen sein wird, ergibt sich aus der vorher aufgestellten allgemeinen Forderung der Autarkie.

Die zweite Frage aber, inwieweit uns noch kolonialisatorische Kraft innewohnt, bietet in ihrer Beantwortung so ungeheure Schwierigkeiten, daß nur einige leitende Gesichtspunkte hier hervorgehoben werden können. Daß der Höhepunkt unserer kolonialisatorischen Kraft einige Jahrhunderte hinter uns liegt, ergibt ein Blick auf unsere kolonialisatorische Geschichte. Ein Vergleich der Kraft, Wucht, Schnelligkeit, mit der unsere Ostmarken im Mittelalter dem Deutschtum dauernd gewonnen worden sind, mit unsern heutigen, keineswegs erfolgreichen Versuchen, kleine nationale Minderheiten — wie Polen, Reichsländer, Dänen — einzudeutschen, zeigt mit Deutlichkeit, daß wir in Zukunft große Strecken fremden Landes mit fremder Bevölkerung nicht mit uns zu einer Einheit zu verschmelzen wissen werden.

Eine Besiedlung fremden Landes mit deutscher Bevölkerung wird also nur insoweit erfolgen können, als dort eine einheimische Bevölkerung nicht vorhanden ist. Diesem Umstand trägt der in letzter Zeit häufiger ausgesprochene

Vorschlag Rechnung, aus den fremden, zu erwerbenden Kolonisationsgebieten die eingeborene Bevölkerung völlig auszuräumen, bevor mit einer rein deutschen Bestiedlung begonnen wird. Mir scheint, daß ein solcher Vorschlag, wenn überhaupt, nur auf verhältnismäßig geringfügigen Strecken Landes ausführbar sein wird. Die Voraussetzung für eine solche Ausräumung und Kolonisation: geringer Wert des Bodens, nur loser, nomadenhafter Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Boden, günstige Lage zum Mutterland dürften auch bei den in Betracht kommenden russischen Gebieten nur in sehr beschränktem Umfang gegeben sein.

Vor allem ist aber auch bei dem Vorhandensein dieser Voraussetzungen die Frage zu prüfen, ob das Mutterland die genügende Anzahl von Siedlern ohne eigenen Schaden abzugeben in der Lage ist. Ernste Zweifel für die Bejahung dieser Frage erheben sich, wenn man die ungeheure Anzahl fremder Arbeiter berücksichtigt, deren Deutschland bedarf, um seine landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnisse fertigzustellen.

Eine diesem Bedenken widersprechende Erwägung wird sich vielleicht in Zukunft Geltung verschaffen: man hat den fremden slawischen Arbeiterstrom, der sich alljährlich über Deutschland ergießt, den neuen, fünften Stand genannt. Vielleicht wird eine spätere Entwicklung dahin führen, daß die rein maschinellen untergeordneten Handgriffe und Verrichtungen als eine des wertvollen germanischen Blutes nicht würdige Verwendung erscheinen, an deren Stelle die niedrigere slawische Arbeitskraft zu treten hat. (Hierbei mag die Frage unerörtert bleiben, inwieweit nationale Fremdkörper in der eigenen Mitte des Volkes erstehen oder wie deren Eindichtung zu bewirken sein würde.) Jedenfalls wäre es denkbar, daß im Falle einer solchen Ersetzung deutscher Arbeitskräfte durch geringere Ausländer bei den niedrigen Verrichtungen ein deutscher Überschuß entstünde, der für die Kolonisation im Osten Verwendung finden könnte. Aber auch in diesem günstigsten Falle bleibt zu berücksichtigen, daß eine solche Neubesetzung fremden Landes mit deutschen Ansiedlern auch bei verhältnismäßig geringem Umfang große Menschenmengen in Anspruch nimmt, während im Gegensatz hierzu eine Kolonisation in überseeischen Provinzen nur eine geringe Oberschicht für das neue Land fordert und so dem Mutterland verhältnismäßig wenig Blut entzieht. Jedenfalls erscheint eine große deutsche Kolonisation im Osten bei dem jetzigen Stand der deutschen Volksentwicklung unmöglich.

Diese Erwägungen werden bei der in Aussicht stehenden Auseinandersetzung mit Rußland zu berücksichtigen sein. Sie werden uns abhalten, Forderungen in bezug auf Landerwerb zu stellen, die uns selbst in einer späteren Entwicklung zum Schaden gereichen müßten. Die Herstellung einer strategisch günstigen Grenze, die auch eine mäßige und zu rechtfertigende Erwerbung neuen Landes zur Folge haben müßte, muß den Inhalt unserer territorialen Auseinandersetzung mit Rußland bilden.

Hinsichtlich des Friedensschlusses mit Rußland wird noch zu berücksichtigen sein, daß eine völlige wirtschaftliche Vernichtung Rußlands auch unserer eigenen Volkswirtschaft ungeheuren mittelbaren und unmittelbaren Schaden zufügen würde.

Auch in der polnischen Frage gehen Rußlands und Deutschlands Interessen nicht auseinander. Die Schaffung eines selbständigen polnischen Reiches widerstrebt ebensowohl dem russischen wie dem deutschen Interesse, ganz abgesehen davon, daß sie den eigenen polnischen Wünschen nicht Rechnung tragen dürfte. Denn sowohl die Polen Rußlands wie die Deutschlands und Österreichs haben sich während des Krieges als so gute deutsche, österreichische und russische Untertanen und Soldaten erwiesen, daß die Errichtung eines selbständigen polnischen Reiches ihnen selbst als ein längst überwundener Traum erscheinen dürfte.

Dies sind in großen Umrissen die Grundlagen für eine Verständigung mit Rußland in politischer Beziehung. Die Erörterung unserer handelspolitischen Bedingungen würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten.

Was unser Verhältnis zu Frankreich betrifft, so ist bereits erwähnt worden, daß unser Landwerb sich auf die dringendsten strategischen Rücksichten beschränken würde. Zu einer wirtschaftlichen Schonung Frankreichs liegt weniger Anlaß vor.

Das künftige Schicksal Belgiens würde sich nach denselben Gesichtspunkten bestimmen; ein Gebietszuwachs also nur aus strategischen Rücksichten; darüber hinaus nur, insoweit keine nationale Schwächung Deutschlands erfolgt. Dieser Gesichtspunkt schließt eine Erwerbung aller Gebietsteile mit wallonischer Bevölkerung aus. Abgesehen davon, daß eine Ausräumung etwa zu erwerbenden Landes in diesem dichtbevölkerten Gebiet noch unmöglicher sein würde als im dünnbesiedelten Osten, so erscheint auch eine Angliederung dieser schlecht gezüchteten romanischen Mischrasse, die stets von tiefem Hass gegen die Rächer ihrer Heimtücke befeelt sein wird, untunlich. Eine Vereinigung des in bezug auf Rasse höher, in bezug auf Bildung nicht sonderlich hochstehenden flämischen Volksteiles mit dem Deutschen Reich erscheint aus geographischen Gründen schwierig. Die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu Holland dürfte die Beantwortung dieser Frage erleichtern. Jedenfalls liegt an sich kein Grund zur Beibehaltung eines geschichtlich so unbegründeten und politisch dem Deutschen Reich immer schädlichen Staatengebildes, wie des belgischen vor. Und selbst wenn ihm seine staatliche Selbständigkeit mit verringertem Gebietsumfang belassen werden sollte, so müßte es in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung unbedingt Deutschland dienstbar erhalten bleiben.

Das Ziel unseres Krieges gegen England ist klar: England wird unsere Gleichberechtigung als Weltmacht anerkennen und wird gezwungen werden müssen, sich aller Eingriffe zu enthalten, die unsere Bewegungsfreiheit in der Welt hindern könnten. Eine Erörterung darüber, wie dies im einzelnen bei einem Friedensschlusse zu erreichen wäre, erübrigt sich noch bei dem jetzigen Kriegsstadium.

Die vorstehenden Ausführungen deuten darauf hin, in welchem Umfang bei dem Abschluß eines Friedens dem zu erreichenden Kriegsziel der Festigung von Deutschlands Stellung als mitteleuropäischer Großmacht unmittelbar gedient werden kann. Die größere umfangreichere Arbeit zur Erreichung des Zieles wird dann erst angefangen werden können. Denn die Forderungen Deutschlands an Gebiets- und Menschenzuwachs, die allein einen unmittelbaren Machtzuwachs bedeuten, sind aus den oben angeführten Gründen gering bemessen und würden daher auch Deutschlands mitteleuropäische Stellung nur im geringen Umfang, vor allem nur nach der strategischen Seite hin, festigen können. Um Deutschland die Stellung einer gewaltigen mitteleuropäischen Großmacht, die anzugreifen jedem Gegner zum Verhängnis gereichen müßte, zu sichern, sind andere weitergehende Handlungen notwendig.

In welcher Richtung diese Ziele deutscher Politik sich zu bewegen hätten, habe ich schon in meinem Aufsatz über „Deutschen Imperialismus“ angegeben. Der bisherige Verlauf des Krieges hat mir recht gegeben und meinen Gedanken seiner Verwirklichung nähergeführt; auch andere Stimmen werden jetzt laut, die denselben Gedanken verfolgen. Die Saat ist gut aufgegangen für Deutschland, dank den unbedachten Handlungen seiner Feinde. Jetzt bedarf es nur des Schnitters, der die Ernte für Deutschland einzuheimsen und nutzbar zu machen versteht.

Deutschlands weltgeschichtliche Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten besteht darin — und damit wird es auch am besten seinen eigenen Aufgaben dienen — daß es die Vormacht aller germanischen Völker Mitteleuropas werden muß und sie alle zu gemeinsamem Handeln in allen Funktionen des äußeren staatlichen Lebens um sich scharen muß.

Die schwerere Hälfte dieser Aufgabe haben unsere Feinde uns schon gelöst. Sie haben in diesem Kriege in allen in Betracht kommenden Völkern das Gefühl für die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses geweckt. Denn das hat der Krieg gelehrt: die Zeit der kleinen neutralen Staaten ist vorbei. Auch dem kleinsten Staatengebilde wird es hinfort nicht mehr gestattet sein, die Kosten für die Wehrhaftigkeit seines Volkes zu sparen, um dafür in rein materiellem Gedeihen sein Heil zu suchen, unter Verzicht auf die Mitarbeit an den großen Fragen der Weltgeschichte. Und es wird kein Unterschied gemacht werden zwischen den Völkern, die schon längst ihre Neutralität innerlich gebrochen haben, indem sie sich an die Seite einer bestimmten Mächtegruppierung stellen — wie Belgien an die Seite des Dreiverbandes — oder ob sie in redlichem Bemühen ihre Neutralität nach allen Seiten hin aufrecht zu halten trachteten, wie Holland oder Dänemark. Sie alle werden bei künftigen Zusammenstößen gezwungen werden, nach einer Seite hin Farbe zu bekennen. Das hat sich aus dem bisherigen Kriegsverlauf mit voller Deutlichkeit ergeben. Zwar ist es einer Reihe von Staaten gelungen, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten. Aber erst die spätere Aufdeckung aller geheinen inner- und äußerpolitischen Fäden

wird zeigen, mit wie außerordentlichen Schwierigkeiten dies in fast allen neutralen Staaten verbunden gewesen ist, sei es nun, daß sie von einer der kriegsführenden Mächte zum Eingreifen in den Kampf getrieben wurden, sei es, daß die inneren politischen Strömungen sie an den Rand des Krieges trieben. Und selbst wenn in Zukunft Staaten von auch nur geringer Bedeutung gewillt sein sollten, weiterhin eine Politik der Neutralität zu treiben, um sich diese gegen Ende des Krieges durch politische Zugeständnisse bezahlen zu lassen, so werden es die großen Mächte sein, die auf eine klare Antwort dringen werden, damit sie nicht Schaden leiden von dieser Leichenfleddererpolitik, die erst auf Raub ausgeht, wenn die Kämpfer blutend am Boden liegen. Aber auch die ehrlich um ihre Neutralität bemühten Staaten haben schon in diesem Kriege so ungeheure materielle Einbußen und so starke Beschränkungen ihrer Souveränität durch die rücksichtslose englische wirtschaftliche Kriegführung erlitten, daß sie in Zukunft darauf verzichten werden, allein die Nachteile des Krieges zu tragen, ohne die Vorteile einer selbständigen Politik zu genießen. Der naturnotwendige Lauf der Entwicklung wird daher dahin gehen, daß sich die schwächeren Staaten zu leistungsfähigeren Gebilden vereinen, um so gestärkt imstande zu sein, ihren Ansprüchen Nachdruck zu verleihen.

Zum Führer dieser Entwicklung muß sich Deutschland machen. Die sittliche, kriegerische, wirtschaftliche Stärke, die es jetzt gezeigt hat, wird es als einen begehrten Freund und Bundesgenossen erscheinen lassen und manchen Argwohn kleinlicher Sonderinteressenten ersticken. Diesen Stimmungen Rechnung zu tragen und die Hindernisse zu überwinden, wird die unabweisbare nächste Aufgabe der deutschen Staatsmänner sein. Sind sie nicht imstande sie zu leisten, so werden die Opfer an Gut und Blut in diesem Krieg vergebens dargebracht worden sein.

Abgesehen von seiner geographischen Lage ist auch das Deutsche Reich durch seine Geschichte und Verfassung wie kein anderes zur Vormacht eines germanischen Staatenbundes vorbestimmt, denn es besteht selbst aus einer Reihe zwar deutscher, aber doch sehr verschiedenartiger Staaten; es hat in seiner langen Reihe von Entwicklungskämpfen, die das verschiedenartige Zusammenwirken vieler Bestandteile mit sich bringt, alle Möglichkeiten bundesstaatlicher Entwicklung kennen gelernt. Es hat sich in seiner Verfassung ein brauchbares und dehnbares Werkzeug geschaffen und wird aus ihr die neuen verfassungsrechtlichen Formen entwickeln, die die neue Aufgabe erfordert.

Denn das ist einleuchtend: in den Rahmen der jetzigen Reichsverfassung werden sich die staatlichen Neugründungen nicht zwingen lassen. Deutschland ist ein national gefättigter Staat und kann in sich, ohne eigenen Schaden, nicht weitere nationale Fremdkörper, mögen sie auch derselben Rasse angehören, aufnehmen. Andererseits wird auch kaum einer der in Betracht kommenden Staaten geneigt sein, auf seine staatliche Selbständigkeit in einem Umfang zu verzichten, wie es das Aufgehen in einem Bundesstaat fordert.

Die Aufgabe unserer Staatsmänner wird es sein, die neue Formel zu finden, die die beiden wichtigen Bestandteile enthält, daß sie das eigene nationale Weiterbestehen der beteiligten Staaten gewährleistet und dem neuen Bunde doch die Erfüllung seiner wichtigsten Aufgaben, nämlich einheitliches Handeln in militärischer, auöerpolitischer und handelspolitischer Beziehung, ermöglicht. Um so mehr als die Entwicklung der Bundesstaaten, wie wir sahen, abgeschlossen ist, wird sich der kommende germanische Staatenbund in einer Mittelform zwischen Bundesstaat und der rein völkerrechtlichen Verbindung eines Bündnisses zu bewegen haben. Die Geschichte der deutschen Zollvereinigung und des deutschen Bundes bieten genug Anhaltspunkte, wie dem neuen mitteleuropäischen Staatenbund zu einem dauerhaften Leben und gesunden Organismus verholfen werden kann.

Wenn er ins Leben tritt, wird Deutschland seine Aufgabe der Festigung seiner Stellung als mitteleuropäische Großmacht erfüllt haben. Dann wird es befähigt sein, — als Haupt eines einheitlichen, organisch-entwickelten, gewaltigen Gebildes — ebenbürtig in die Reihe der anderen Weltmächte zu treten und dem deutschen Gedanken in der Welt zum Siege zu verhelfen.

Gegenüber der Größe dieser Aufgabe tritt die zweite unserer Forderungen für Deutschlands Zukunft: Erwerb überseeischer Gebiete zurück. Nach der Niederringung seiner Gegner wird es diese Wünsche sich zu erfüllen ohne Schwierigkeit in der Lage sein und den Ausbau seines afrikanischen Reiches ebenso vollenden wie die Verfolgung seiner kleinen asiatischen Interessen weiter betreiben können.

Wenn all dies aus dem Reich der Gedanken in die Welt der Tatsachen umgesetzt sein wird, dann erst wird man davon sprechen können, daß Deutschland das Ziel erreicht hat, um das es diesen gewaltigen Kampf kämpft.

